

22.11.2007 12:36 Uhr

Grünen-Politiker Robert Zion

Von Nürnberg nach Nürnberg

Robert Zion, der Rebell von Göttingen, will es auf dem Grünen-Parteitag in Nürnberg wieder wissen. Er fordert exklusiv auf *sueddeutsche.de* ein Grundeinkommen für alle. Und stemmt sich damit gegen den Bundesvorstand. Damit hatte er schon einmal überraschenden Erfolg.

Von Robert Zion

Auf ihrem Parteitag 1986 in Nürnberg beschlossen die Grünen ein ehrgeiziges Konzept: das 140-seitige Programm "Umbau der Industriegesellschaft". Heute, über zwanzig Jahre später, könnte die Partei abermals in Nürnberg mit einer Richtungsentscheidung für ein Grundeinkommen wieder ein großes Thema besetzen und sich als Konzeptpartei neu legitimieren.



Robert der Zion, der Rebell von Göttingen, meldet sich zurück.
Foto: dpa

Bei drei Millionen Menschen, die trotz Arbeit arm sind, bei ca. drei bis vier Millionen Menschen in verdeckter Armut, bei zunehmend prekariertem Beschäftigung und bei mindestens 2,5 Millionen armen Kindern, geht es heute nicht mehr nur um Hilfssysteme für Bedürftige.

Vielmehr werden die Grünen in Nürnberg über das soziale Fundament der Gesellschaft und über ihren Zusammenhalt zu reden haben. Auch darüber, dass nach über 20 Jahren neoliberaler Strömungspolitik in den Wissenschaften, in den Medien, in den Parteien, das Soziale zum Teil wieder von unten her neu rekonstruiert werden muss. Der Parteitag wird drittens darüber reden, ob es den Grünen wieder gelingt, eine ihrer vier Säulen, das Soziale, noch einmal zu einer tragenden Säule der Partei zu machen.

Und darum debattieren die Grünen an diesem Wochenende auch darüber, ob sie ab Montag, wenn sie wieder an ihrer Basis, in ihren Gremien, in den Kreisverbänden und bei ihren Wählern sind, ob sie dann dort sagen können werden: Wir haben einen Fehler gemacht und der heißt Hartz IV; wir wollen den gegenwärtigen autoritären, kontrollierenden und gängelnden Sozialstaat überwinden; im Zentrum unserer Sozialpolitik steht wieder die Idee und der Begriff der Emanzipation, die soziale Absicherung selbstbestimmter sozialer, kultureller und geschlechtlicher Lebens- und Arbeitsweisen und wir haben ein Bild davon, wie diese Gesellschaft in 20 Jahren aussehen soll - und dieses Bild ist nicht mehr ein verblasster Abzug einer orientierungslos gewordenen Sozialdemokratie.

Ohne hier alle einzelnen, eher technischen Aspekte des Grundeinkommens erwähnen zu müssen, können dennoch zwei Dinge betont werden, die das Grundeinkommen zu einer einmaligen Chance für diese Partei machen, ein großes politisches Zukunftsthema zu besetzen.

Zum einen: Wenn die Grünen glauben, sie kennen ihre Wählerschaft bereits seit 20 Jahren, dann lernen sie auch keine neue mehr kennen! Nicht mehr die, die heute in unstillen Erwerbs- und Bildungsbiografien, prekariert und in permanenter Unsicherheit leben, lernen und arbeiten müssen. Und auch nicht

mehr die, die heute ihre politischen Leidenschaften in Alternativen investieren.

Und zum anderen: Die deutschen Grünen haben im Gegensatz zu anderen grünen Parteien die Besonderheit, dass sich bei ihnen alle drei politischen Grundströmungen, Wertkonservative, Menschen- und Bürgerrechtsliberale und Linke, wiederfinden. Greifen sie das Thema Grundeinkommen jetzt nicht offensiv auf und verschenken es gewissermaßen an die zivilgesellschaftlichen Gruppen und die anderen Parteien - und dies, obwohl das Grundeinkommen in allen Grundströmungen der Partei diskutiert und gefordert wird -, dann drohen sie ihre Bindungskraft nach innen und nach außen zu verlieren.

Wir könnten diese verlieren, weil uns dann unser gemeinsames politisches Projekt, das substanziell darauf angewiesen ist, Veränderungen in der Gesellschaft aufzugreifen und zu erkennen, abhanden zu kommen droht. Und dies in einer Situation des Umbruchs der Arbeitswelt, in der selbst das Handelsblatt über das Grundeinkommen schreibt: "Wer sich heute mit dem Konzept auseinandersetzt, ist gut gerüstet für die politischen Debatten der Zukunft."

Daher sollten wir Grünen ab Montag keinen zweiten Anlauf an die Wand vertreten müssen, sondern ein großes gesellschaftspolitisches Ziel, für das es sich wieder aufrecht gehend zu streitend lohnt.

(sueddeutsche.de)

[Artikel drucken](#) | [Fenster schliessen](#)